

Kleine Anfrage

Neubau Landesspital

Frage von Landtagsabgeordneter Martin Seger

Antwort von Regierungsrat Emanuel Schädler

Frage vom 01. Oktober 2025

Der Neubau des Landesspitals ist seit Jahren Gegenstand politischer Diskussionen und mehrerer Volksabstimmungen. Trotz mehrfacher Bestätigungen durch das Volk besteht weiterhin Unklarheit über den Projektfortschritt, die endgültigen Kosten sowie die Realisierbarkeit in der genehmigten Form.

Fragen

- * Welche Kosten sind seit Projektbeginn bis heute im Detail nach Baukostenplan (BKP) angefallen und wie stellen sich diese im Verhältnis zum genehmigten Kredit dar?
- * Welche zusätzlichen Kosten sind durch die Redimensionierung des Projekts, den Rückzug des ursprünglichen Architekturbüros sowie die Neuausschreibung entstanden?
- * Mit welchen finanziellen und rechtlichen Folgen (unter anderem für bereits vergebene Aufträge, Planungsleistungen, Verträge) wäre im Falle eines vollständigen Baustopps zu rechnen?
- * Welche Mehrkosten würden bei einem kompletten Projektneustart (inklusive neuer Planung, Ausschreibungen, Genehmigungen) anfallen und wie würden sich diese voraussichtlich auf den Zeitplan auswirken?
- * Welche zusätzlichen Kosten wären zu erwarten, wenn anstelle des redimensionierten Projekts «Inspira II» das ursprüngliche Projekt «Inspira I» umgesetzt würde?

Antwort vom 03. Oktober 2025

zu Frage 1:

Seit Projektbeginn bis Stand Ende September 2025 sind Kosten in Höhe von CHF 4'696'700 angefallen, was rund 5.1% der budgetierten Gesamtkosten entspricht. Bei dem Grossteil der Kosten handelt es sich um Planungskosten.

zu Frage 2:

Die Kosten für die damalige Redimensionierung des Projekts Inspira belaufen sich auf CHF 551'620.

Die Zusammenarbeit mit dem ursprünglichen Architekturbüro wurde nach der Redimensionierung und Abschluss der Vorprojektphase beendet, weshalb im Anschluss seitens des Architekten keine zusätzlichen Kosten mehr entstanden.

Die Kosten für die im Zusammenhang mit der Neuausschreibung erfolgten Entschädigungen für die Fachexperten belaufen sich auf CHF 7'780. Weitere Arbeiten, wie beispielsweise die Ausschreibung und die Organisation der Neuausschreibung, wurden durch die Gesamtprojektleitung sowie interne Ressourcen des Landesspitals Liechtenstein erarbeitet.

zu Frage 3:

Die finanziellen Folgen eines vollständigen Baustopps können zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau abgeschätzt werden. Abhängig von den Verzögerungen können zusätzliche Kosten aufgrund von Teuerungen oder Ansprüche von am Projekt beteiligten Personen entstehen.

zu Frage 4:

Auch diese Frage kann nicht abschliessend beantwortet werden, da sie stark von der Ausgestaltung des neuen Projekts abhängt. Es wäre jedoch in jedem Fall mit Mehraufwendungen und einer Verzögerung von mehreren Jahren zu rechnen.

zu Frage 5:

Im Jahr 2019 genehmigte der Landtag einen Verpflichtungskredit in der Höhe von rund CHF 65 Millionen für das Spitalprojekt «Inspira I» sowie einen Nachtragskredit von rund CHF 9 Millionen für die Umwidmung der entsprechenden Parzelle. Im Zuge einer aktualisierten Kostenberechnung wurde 2022 festgestellt, dass Mehrkosten von rund CHF 21 Millionen zu erwarten gewesen wären, woraufhin ein Projektstopp verfügt wurde. Damit wäre für «Inspira I» ein Finanzbedarf entstanden, der die ursprünglich bewilligten Mittel um rund CHF 21 Millionen überstiegen hätte.

Wie bereits in der Kleinen Anfrage im September dargelegt, hat der Landtag mit Bericht und Antrag 2024/7 das redimensionierte Projekt «Inspira II» verabschiedet, das neben dem Spitalbau auch eine Pandemiestation sowie eine Photovoltaikanlage umfasst. Hierfür wurden ein Ergänzungskredit von rund CHF 6 Millionen für «Inspira II», ein Ergänzungskredit von rund CHF 0.6 Millionen für die Pandemiestation sowie ein weiterer Ergänzungskredit von rund CHF 1.7 Millionen für die Photovoltaikanlage bewilligt.

Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass zu diesem Vorhaben ein Referendum ergriffen und eine Volksabstimmung durchgeführt wurde, die zugunsten des Projekts ausging. Eine Rückkehr zu «Inspira I» wäre folglich ohne erneute demokratische Legitimation wohl nicht möglich.